

Wird Tichonow abgelöst?

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow soll, nach Informationen von Ostblock-Diplomaten, in Personalunion auch das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Die Wahl, mit der Gorbatschow den 80 Jahre alten Nikolai Alexandrowitsch Tichonow ablösen würde, sei für Anfang Juli im Obersten Sowjet geplant. Der 54jährige Parteichef wolle demonstrieren, daß er energisch die Probleme des Landes anpacke. Diese Machtvollkommenheit hatten vor ihm nur Lenin, Stalin und Nikita Chruschtschow inne. Weiter heißt es, Außenminister Andrej Gromyko werde möglicherweise das seit dem Tode Konstantin Tschernenkos vakante Amt des Staatspräsidenten übernehmen. Dann könnte Gorbatschow allein die Außenpolitik kontrollieren.

Neuer Herstatt-Prozeß

Der Prozeß gegen den Kölner Pleite-Bankier Iwan David Herstatt, 71, wird wahrscheinlich neu aufgerollt. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat auf die Revision Herstatts hin einen Termin beim Bundesgerichtshof zur Hauptverhandlung beantragt; sie wurde auf den 16. Oktober festgesetzt. Herstatt war im Februar 1984 in einem ungewöhnlich zügigen Verfahren und kurz vor der Verjährung „wegen Bankrotts in drei Fällen“ und „Untreue“ von der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Köln zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Bundesanwaltschaft aber glaubt nicht an ein „Verbrechen“ Herstatts, sondern nur an ein „Vergehen“ – dafür ist eine „geringere Strafmahenobergrenze“ vorgesehen. Ein „direkter Vorsatz“, etwa beim „Erstellen einer unrichtigen Bilanz“, sei dem Verurteilten nicht nachzuweisen. Am 26. Juni 1974 war die total überschuldete Herstatt-Bank geschlossen worden, Schadenssumme: 1,2 Milliarden Mark.

Wildkatze für die Saudis

Entgegen den Erklärungen der Bundesregierung, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien beschränke sich bisher auf Polizeiausrüstung, liefert Bonn nun erstmals auch militärisches Gerät an den Wüstenstaat. Zu den Waffenexporten, denen der Bundessicherheitsrat in den letzten Monaten zustimmte, gehört ein Exemplar des von Krauss-Maffei (KM) entwickelten Flugabwehrsystems „Wildcat“. Die den Saudis zur Erprobung überlassene Wildkatze ähnelt mit ihrer Zwillingskanone dem Bundeswehrpanzer „Gepard“, ist allerdings radgetrieben. Vor dem Auswärti-

Das Flugabwehrsystem „Wildcat“



„Wildcat“-Werbung (Ausriß)

gen Ausschuß des Bundestages versicherte Außenminister Hans-Dietrich Genscher am Mittwoch letzter Woche, mit der Lieferung des Vorführmodells sei noch keine Entscheidung über den Export des Waffensystems gefallen. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble ergänzte, daß ein generelles Abkommen mit den Saudis über deutsche Rüstungslieferungen nach wie vor ausstehe.

Ausreise nach Plan

Mit neuen Druckmitteln wollen die DDR-Behörden die Flut von Ausreisearträgen eindämmen. Die bisherigen Repressionen gegen die West-Wanderer, zum Beispiel Belehrungen durch linientreue Genossen, Rückstufung in eine niedrigere Lohngruppe oder Verlust des Arbeitsplatzes, blieben nahezu wirkungslos. Nun sollen vor allem die Chefs jener Betriebe, in denen sich Ausreisefälle häufen, persönlich haften: Sie müssen, so das interne Wettbewerbsziel, dafür geradestehen, daß in ihrem Zuständigkeitsbereich 30 Prozent der Ausreisewilligen die Anträge zurücknehmen. Eine vorerst geringe Planvorgabe: Experten schätzen, daß rund 500 000 DDR-Bürger ihre Übersiedlung in den Westen beantragt haben.

Geheime SDI-Runde

Die USA drängen Helmut Kohl, seine Bundesregierung solle endlich ein klares Votum für Ronald Reagans Sternenkriegs-Programm abgeben. Der amerikanische Vizepräsident George Bush, diese Woche in Bonn, will dem Kanzler

Knick in der Kurve

Die Flick-Affäre hat der CDU mehr als allen anderen Parteien geschadet. Nach demoskopischen Untersuchungen des Adenauer-Hauses schlug sie – erstmals bei der Europawahl im Juni 1984, aber auch bei allen nachfolgenden Wahlen – negativ zu Buch.

Die Christdemokraten versuchen jetzt, den „Flick-Knick“ (ein Unionspolitiker) in ihrer Sympathiekurve auszubügeln: bei der Abfassung des Berichts über die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Als Hauptschuldigen will CDU-Obmann Heinz Günther Hüsch die frühere sozialliberale Bundesregierung anprangern. Schließlich habe die, und nicht die CDU/CSU, dem Flick-Konzern in den 70er Jahren die spektakulären Steuerbefreiungen gewährt.

Bestärkt fühlt sich Hüsch durch das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts. Die Richter hatten Ende Mai festgestellt, daß das von der FDP geführte Wirtschaftsministerium die Bescheinigungen für den Flick-Konzern bei genauerer Prüfung nicht hätte erteilen dürfen – nach Meinung von Hüsch „ein dicker Hammer“ gegen die FDP.

Von der will sich Berichterstatter Hüsch nun am liebsten absetzen. „Ich muß überlegen, was getan werden muß, daß



Generalstaatsanwalt Schmitz

die CDU nicht in diesen Strudel gezogen wird.“

Die Freidemokraten aber wollen sich vom Koalitionspartner Union nicht bloßstellen lassen, einseitige Schuldzuweisungen soll es nicht geben. Während die Koalition noch um Formulierungen feilschte, konnte die SPD daher mit einer Bewertung ihres Obmannes Peter Struck vorpreschen: Die Union müsse eingestehen, daß sie „auf massive Weise vom Flick-Konzern abhängig war“.

